

Werner Krollkowski vor Wissenschaftlern und Studenten:

Vertrauen schließt Mitsprache und Mitarbeit aller Bürger ein

Wismut-Kumpel Helmut Walter: Muß man alles in Frage stellen? Gesundheitsminister debattierte mit Berliner Ärzten im Rathaus

Bernburg (ND). Aktuelle politische Fragen dieser Tage erörterten am Freitag in Bernburg Agrarwissenschaftler und Studenten der Hochschule für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft mit Politbüromitglied Werner Krollkowski und Landwirtschaftsminister Bruno Lietz.

Bei ihrem Eintreffen vor der Mensa wurden die Gäste sofort von Studenten umringt. Die 22jährige Heike Kropp aus dem dritten Studienjahr stellte Werner Krollkowski die Frage: Wo sehen Sie die größten Probleme, unseren Kurs jetzt erfolgreich fortzuführen und die Wende zu vollziehen? Er erwiderte: „Mit der Erklärung vom 11. Oktober hat das Politbüro klargestellt, daß der Fehler begangen wurde, die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR nicht real genug eingeschätzt zu haben. Deshalb haben wir eine Wende in unserer Politik eingeleitet, die außerordent-

lich bedeutsam ist, weil sie der Situation in unserem Lande und den Erfordernissen, die sich daraus ergeben, gerecht werden soll. Jetzt bereiten wir uns aktiv auf die 10. Tagung des Zentralkomitees vom 8. bis 10. November vor.“

Er sei fest davon überzeugt, daß diese Tagung wichtige neue Inhalte und Maßnahmen zur Weiterführung der Politik der SED beschließen werde. Der Vertrauensverlust schmerze ihn. Vertrauen müsse wiedergewonnen werden und solle nicht blind sein, sondern schließe aufrichtige Mitsprache, Mitarbeit aller und die gesellschaftliche Kontrolle ein. Werner Krollkowski hat darum, daß sich auf einer solchen Grundlage alle Bürger gerade jetzt, in dieser komplizierten Zeit, fest zusammenschließen um die Führung von Partei und Staat. Man müsse vernünftig über alles sprechen und besser arbeiten, damit im

Sozialismus das Leben für alle reicher wird.

Gera. Mit BGL-Vorsitzenden und Vertrauensleuten von Betrieben der SDAG Wismut im Thüringer Raum kam am Freitag Werner Heilmann, Präsidiumsmitglied und Sekretär des FDGB-Bundesvorstandes, zusammen. Er versprach, sich dafür einzusetzen, daß der Formalismus in der Plan- und Wettbewerbs- und Neuerwerbungs- sowie bei der MMM verschwindet. Er informierte, daß die Gewerkschaft an einer neuen Prämiennormung arbeite, die dem Leistungsprinzip besser Rechnung trägt.

Im Bergbaubetrieb Drosen, der seit Jahresbeginn ein Plus im Nettogehalt von 5 Millionen Mark erzielen konnte, äußerte Hauerbrigadier Helmut Walter: Ihn bedrücke die gegenwärtige Lage in der Republik, auch daß manche alles in Frage stellen, was seit Gründung der DDR aufgebaut wurde. Er habe mit seiner Meinung noch nie hinterm Berg gehalten, und in der Brigade werde nach der Devise gearbeitet: „Wer einen Pfennig haben will, muß wackeln.“

Berlin. Einer Verständigung über Fragen, die vor allem im Gesundheitswesen anstehen, galt am Freitag ein Gespräch mit Gesundheitsminister OMR Prof. Dr. Klaus Thielmann im Roten Rathaus. 120 leitende Ärzte und Wissenschaftler aus Berliner Gesundheitseinrichtungen waren der Einladung zu diesem Forum gefolgt. Sie äußerten Meinungen, Hinweise und Vorschläge, wie in diesem besonders sensiblen Bereich Verbesserungen für Patienten und für Ärzte, Schwestern und technische Mitarbeiter erreicht werden können.

Der Diskussion voran stellte Minister Thielmann Überlegungen für notwendige Maßnahmen, von denen einige sofort, andere längerfristig zu erledigen seien. Bereits veranlaßt wurde, daß wegen fehlender Arbeitskräfte vorhandene freie Lohnfonds zu

(Fortsetzung auf Seite 2)

Egon Krenz zu Arbeitsbesuch in die UdSSR

Berlin (ADN). Auf Einladung des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wird der Generalsekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Egon Krenz, Ende Oktober/Anfang November einen Arbeitsbesuch abstatten.

Außenminister des Warschauer Vertrages:

Positive Tendenzen in Politik stärken

Warschau (ADN/ND). Für die Stärkung der positiven Tendenzen in der internationalen Politik haben sich die Außenminister des Warschauer Vertrages auf ihrer am Freitag in Warschau beendeten zweitägigen Beratung ausgesprochen. In einem Kommuniqué über die Tagung, an der für die DDR eine Delegation unter Leitung von Minister Oskar Fischer teilnahm, werden die Einschätzungen und Vorschläge der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Bukarest bekräftigt.

Am Freitagvormittag waren die Minister mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVP, Mieczysław Rakowski, zusammengetroffen.

Das Treffen des Außenministerkomitees habe in einem ungewöhnlich aktiven Moment der Entwicklung des weltweiten Dialogs stattgefunden. Das erklärte Staatssekretär Boleslaw Kulski vom polnischen Außenministerium auf einer internationalen Pressekonferenz zu den Ergebnissen der am Freitag in Warschau beendeten Beratungen.

Siehe auch Seiten 5 und 6

EG-Kommissar besucht die DDR

Information zu Binnenmarkt

Brüssel (ADN). Der EG-Kommissar Martin Bangemann, einer von sechs Vizepräsidenten der EG-Kommission, reist in der kommenden Woche zu einem offiziellen Besuch in die DDR, teilte die EG-Behörde am Freitag in Brüssel mit. Bangemann werde bei der zweitägigen Visite am Mittwoch und Donnerstag mit Egon Krenz, Willi Stoph sowie Oskar Fischer zusammentreffen. Er wolle die DDR-Führung über den für 1992 geplanten Binnenmarkt der EG informieren und politische Themen erörtern. Vorgesehen seien außerdem private Gespräche unter anderem mit Manfred Gerlach. Der Besuch gehe auf eine Einladung von DDR-Außenhandelsminister Gerhard Beil zurück.

Letzte nukleare Rakete OTR 23 wurde gesprengt

Sowjetunion vernichtete damit ganze Klasse von Kernwaffen

Moskau (ND-Korr.). Die letzte sowjetische Nuklearrakete kürzerer Reichweite vom Typ OTR 23 ist am Freitag in Sarjosek (Kasachstan) gesprengt worden. Zugleich wurde im belorussischen Stankowo die letzte Startrampe für diesen Waffentyp liquidiert.

Wie der 1. Stellvertreter des Generalstabschefs der Streitkräfte der UdSSR, Generaloberst Bronislaw Omelischew, betonte, hat die Sowjetunion damit entsprechend dem INF-Vertrag erstmals eine ganze Klasse von Kernwaffen vernichtet.

Siehe auch Seite 5

Beschluß

des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über eine Amnestie

vom 27. Oktober 1989

1. Personen, die vor dem 27. Oktober 1989 Straftaten des ungesetzlichen Grenzübertretts sowie Straftaten begangen haben, die darauf gerichtet waren, die Ausreise aus der DDR widerrechtlich durchzusetzen, werden amnestiert.

Amnestiert werden auch Personen, die vor dem 27. Oktober 1989 Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung im Zusammenhang mit demonstrativen Ansammlungen begangen haben.

2. Von der Amnestie werden Personen ausgenommen, die bei der Tat
- Gewalt angewandt oder zu Gewalttätigkeiten aufgefordert,
- Leben oder Gesundheit von Menschen gefährdet,
- Waffen mitgeführt oder gefährliche Mittel und Methoden angewandt haben.

3. Personen, die zu Strafen mit Freiheitsentzug verurteilt worden sind, werden aus dem Strafvollzug entlassen. Strafen sind nicht zu vollstrecken, wenn der Vollzug noch nicht begonnen wurde. Strafen ohne Freiheitsentzug (Verurteilung auf Be-

wahrung, Geldstrafe, öffentlicher Tadel) sowie Zusatzstrafen und gerichtlich angeordnete Maßnahmen der Wiedereingliederung werden erlassen, soweit sie noch nicht verwirklicht sind.

4. Ermittlungsverfahren und nicht rechtskräftig abgeschlossene gerichtliche Verfahren sind einzustellen. In Untersuchungshaft befindliche Personen sind zu entlassen. Straftaten, die vor dem 27. Oktober 1989 begangen wurden und erst später bekannt werden, sind nicht mehr zu verfolgen.

5. Der Generalstaatsanwalt der DDR wird beauftragt, Eintragungen in das Strafregister zu tilgen, sofern die Personen
- von dieser Amnestie erfaßt werden,
- allein wegen ungesetzlichen Grenzübertretts gemäß § 213 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3 Ziffer 3 bis 6 StGB oder der unterlassenen Anzeige hierzu verurteilt wurden und die Strafe bereits verwirklicht ist.

6. Andere Straftaten sowie Schadensersatzansprüche werden von der Amnestie nicht berührt.

7. Die Entlassungen aus dem Strafvollzug und der Untersu-

chungshaft sind bis zum 30. November 1989 abzuschließen.

8. Die örtlichen Räte, Betriebe und Einrichtungen sowie die Vorstände der Genossenschaften haben auf der Grundlage des Gesetzes über die Wiedereingliederung der aus dem Strafvollzug entlassenen Bürger in das gesellschaftliche Leben vom 7. April 1977 (GBl. I Nr. 10/1977, S. 98) die gleichberechtigte Eingliederung in den Arbeitsprozeß und die wohnungsmäßige Unterbringung zu sichern.

9. Der Generalstaatsanwalt der DDR hat in Zusammenarbeit mit den Leitern der zentralen Justiz- und Sicherheitsorgane die Durchführung der Amnestie zu gewährleisten und darüber dem Staatsrat zu berichten.

Berlin, 27. Oktober 1989

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

Egon Krenz

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

Heinz Eichler

Siehe Kommentar Seite 2

FDJ steht vor radikaler Änderung ihres Konzepts

Zweitägige Beratung des Zentralrates in Berlin beendet

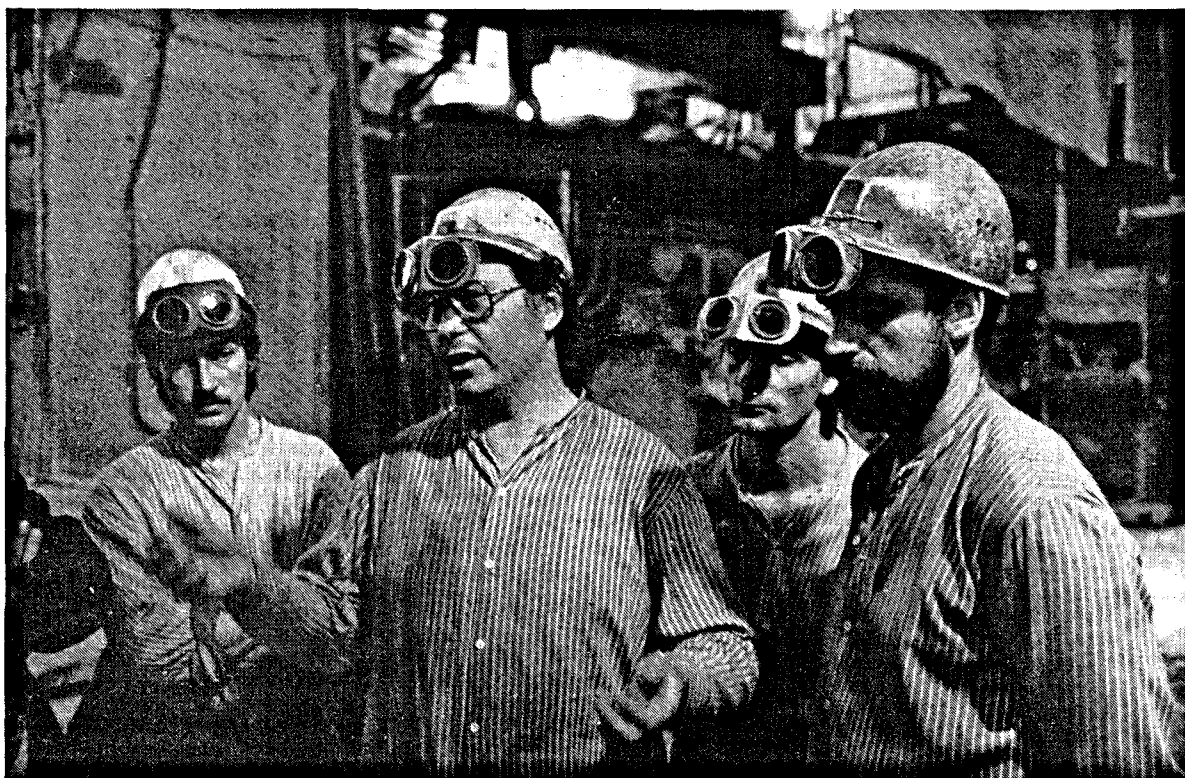
Berlin (ADN/ND). Die FDJ steht vor einer radikalen Änderung ihres Konzepts. Der 1. Sekretär des Zentralrates, Eberhard Aurich, erklärte zum Abschluß der zweitägigen Beratung dieses Gremiums dazu am Freitag in Berlin, das sei in 24 Stunden Tagung allein nicht zu bewältigen. Viele Fragen seien aufgeworfen worden, so das Verhältnis des Jugendverbandes zur führenden Kraft der SED, zu den anderen Parteien, zum sozialistischen Staat, die Frage, wie sich die FDJ den Interessen der jungen Leute stellt, mitten unter ihnen ist und nicht daneben. Das Diskussionsangebot der FDJ liegt auf dem Tisch.

Auf eine Rede während der Tagung Bezug nehmend, sagte er: Wir wollen die Jugendlichen

nicht formieren, wir wollen um Vertrauen werben, einige wieder, andere überhaupt gewinnen, andere werden wir verlieren. Wer es sich jetzt zu leicht mache, auf den höre keiner mehr. Die FDJ habe eine Chance, die viel Arbeit, Mut, Geduld, Selbstbewußtsein und Zusammenstehen verlangt, erklärte Eberhard Aurich.

Bei der Zentralratstagung ergriffen an beiden Tagen 29 Redner das Wort, insgesamt wurden Dutzende Vorschläge und Anträge unterbreitet. Der Zentralrat wählte Roland Claus zum Sekretär. Renate Gubbe wurde von ihrer Funktion als Sekretär entbunden. Zu Mitgliedern des Büros wurden Sylvia Nothnagel (NDPD), Heike Thorein (DBD) und Ivo Klattke (LDPD) gewählt. Bericht Seite 3

Was Hennigsdorfer Arbeiter denken und tun



STAHL- UND WALZWERK HENNINGSDORF: Michael Schimmack, Jürgen Schubert, Jörg Nowack und Axel Moedebach von der Frühschicht gestern am E-Ofen 1 des Elektrostahlwerks I. Einen Tag zuvor, am Donnerstag, erreichten hier die vier Schichten eine ausgezeichnete Produktionsleistung: Statt auf täglich 11 bis 12 Schmelzen konnten sie auf 13 verweisen. Bei voller Einhaltung des Sortiments brachte das 71 Tonne hochwertigen Rohstahl zusätzlich zum Plan - unter anderem für Schweißdraht, für die Gelenkwellenproduktion sowie für Federn. Der 1. Schmelzer Jürgen Schubert: „Viel, was uns gehindert hat, wurde früher unter den Tisch gekehrt. Es kann heute nicht alles umgerannt werden. Nur auf die Straße gehen heiße, uns zu schwächen. Wir machen unsere Arbeit, oben muß sie auch gemacht werden, denn wir wollen Erfolge sehen. Es gibt jetzt viel Gerede - man muß aber sehen, die DDR hat auch viele Vorteile auf soziales Gebiet aufzuweisen.“

Text und Foto: Burkhard Lang

ČSSR-Reisen wieder paß- und visafrei

Mitteilung des Ministeriums des Innern der DDR

Berlin (ADN). Wie die Presseabteilung des Ministeriums des Innern mitteilt, hat der Minister der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen, daß die zeitweilige Aussetzung des paß- und visafreien Reiseverkehrs für Bürger der DDR nach der ČSSR ab 1. November 1989 aufgehoben wird.

Der Grenzübertritt in das Nachbarland ČSSR kann wie vor dem 3. Oktober 1989 mit einem gültigen Personalausweis für Bürger der DDR erfolgen.

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik geht

davon aus, daß die Bürger der DDR, die sich möglicherweise weiterhin mit dem Gedanken tragen, unser Land zu verlassen, obwohl jeder gebraucht wird, einen Antrag auf ständige Ausreise in der DDR bei den Abteilungen. Innere Angelegenheiten stellen können. Diese Anträge werden kurzfristig und großzügig entschieden. Der Weg über Botschaften der BRD im Ausland, die Ausreise zu erzwingen, ist nicht notwendig und bringt für den Bürger mehr Nachteile als Vorteile.

Linienflugverkehr zwischen DDR und BRD wird fortgesetzt

Bonn (ADN). Der zwischen der DDR-Fluggesellschaft INTERFLUG und der Deutschen Luft Hansa AG Anfang August vereinbarte und ursprünglich bis zum 31. Oktober befristete Linienflugverkehr zwischen Leipzig und Düsseldorf sowie Frankfurt (Main) und Leipzig kann weitergeführt werden. Wie Kanzleramtsminister Rudolf Seiters in Bonn mitteilte, hat die BRD-Regierung nach einer Absprache mit ihren Alliierten die Fortsetzung des Linienflugverkehrs zwischen der BRD und der DDR bis zum 1. Februar 1990 genehmigt.

Der Generaldirektor der INTERFLUG, Dr. Klaus Henkes, erklärte am Freitag dazu gegenüber ADN, daß die INTERFLUG bereits seit

längerem an der Aufnahme des Linienflugverkehrs zwischen der DDR und der BRD interessiert war und die Voraussetzungen dafür geschaffen hatte. Er wertete die erteilte Genehmigung für die Fortsetzung der Flüge als einen weiteren Schritt zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Entsprechend dem „Deutschlandvertrag“ darf die BRD nur Luftverkehrsabkommen abschließen, nachdem sie die Westalliierten konsultiert hat. Obwohl die Luft Hansa AG bereits im September eine Verlängerung der Vereinbarung beantragte, hatten die westlichen Alliierten Bedenken angemeldet, da sie ihre von diesem Vertrag gewährte Monopolstellung gefährdet sahen.

Berlin (West): Obdachlose prangern Wohnungsnot an

Von unserem Berichterstatter Herbert Annas

Berlin (West). 12 000 Obdachlose gibt es gegenwärtig in Berlin (West). Das wurde am Freitagabend vom Diakonischen Werk in der Kapernaum-Kirche

bekanntgegeben. Dieser un-menschliche Zustand sei bedingt durch Aufhebung der Mietpreisbindung, durch Langzeitarbeitslosigkeit und verstärkte Wohnungskündigungen.

Das Diakonische Werk hatte zu einem Treffen eingeladen. Im Winter, so hieß es, ist mit 6000 bis 7000 Menschen zu rechnen, die ständig auf der Straße leben müssen.

Viele der Obdachlosen in Berlin (West) sind ehemalige DDR-Bürger, berichtete ein Sozialarbeiter. Nach einem Jahr Aufenthalt in Berlin (West) strauclen viele.

Ein ehemaliger „Ostberliner“, wie er sich vorstellte, schilderte Journalisten sein Schicksal. Seit acht Jahren lebe er in Berlin (West) und habe alle Stationen eines Nichtseßhaften durchgemacht: Die Familie ging kaputt, keine Ausbildung, keine Arbeit, Verschuldung und Alkoholismus. Selbst im Winter müsse er draußen leben, meistens in öffentlichen Toiletten. „Ich klage hier die Menschenrechte auf Arbeit und Wohnen ein.“

Am späten Abend kam es zu einer erregten Debatte mit Politikern aller Parteien. Mit Empörung erklärten Obdachlose: „Wir lassen uns nicht wie Ratten in Bunker sperren, sondern verlangen menschenwürdige Unterkünfte zu annehmbaren Mieten.“

Strahlenbelastung an Bord von Mir erhöht

Moskau (ADN). Die jüngsten heftigen Eruptionen auf der Sonne haben auch die radioaktive Strahlenbelastung der Kosmonauten an Bord der Raumstation Mir erhöht. Durch Hinweise von Observatorien der UdSSR konnten die Auswirkungen dieser Strahlungen auf die Kosmonauten um die Hälfte bis zwei Drittel reduziert werden.

In den vergangenen Tagen wurde ein Strahlenwert von 3,9 rem gemessen. Das ist ein Viertel des zulässigen Wertes für den gegenwärtigen Langzeitflug.

Das Flugleitzentrum nahm Korrekturen im Zeitplan der Besatzung für das Passieren der Polgebiete im Welttraum vor. Die Beobachtungen der Strahlungssituation im Welttraum und an Bord der Station werden verstärkt.

Studenten Südkoreas besuchen erstmals KDVR

Söul (ADN). Südkoreanische Studenten werden erstmals seit Ende des Korea-Krieges 1953 die Koreanische Demokratische Volksrepublik besuchen. Wie aus dem Staatlichen Komitee Südkoreas zur Förderung zweiseitigen Austausches und für Zusammenarbeit verlautete, werden sie sich an archäologischen Ausgrabungen unweit von Phjongjang beteiligen. Die 120 Studenten der Historischen Fakultät der Universität Söul sollen in der Region arbeiten, wo sich ehemals die Hauptstadt des alten koreanischen Staates Kogurjo befand. Geplant seien ferner gemeinsame wissenschaftliche Seminare mit Studenten der KDVR.

Das Komitee verweigerte jedoch einer Delegation der Assoziation katholischer Gläubiger für Gerechtigkeit eine Reiseerlaubnis in die KDVR.

Gesamtamerikanisches Gipfeltreffen eröffnet

Bush lehnt Ortegas Vorschlag zu bilateralem Gespräch ab

San José (ADN). In der kostarikanischen Hauptstadt San José ist am Freitag ein gesamtamerikanisches Gipfeltreffen eröffnet worden, an dem 18 Staats- und Regierungschefs aus Nord- und Südamerika teilnehmen. Anlaß für das Gipfeltreffen - das umfassendste seiner Art seit 22 Jahren - ist der 100. Jahrestag der Einführung der Mehr-Parteien-Demokratie in Kostarika.

Wie der gastgebende Präsident Oscar Arias zum Auftakt der zweitägigen Konferenz erklärte, bestehe zum Ausgleich des Jahrhunderts die einzigartige Möglichkeit für Verständigung, Entwicklung und Frieden in der Welt.

Als hervorragende Möglichkeit ausführlicher Diskussion der den Kontinent bewegenden Probleme hat der nikaraguanische Präsident Daniel Ortega das Treffen gewertet. Zur Situation in seinem Land meinte er, nach wie vor stelle die aggressive Politik der USA das größte Hindernis für eine friedliche und demokratische Entwicklung dar. Er hoffe, daß Präsident George Bush auf dem Gipfel Zeichen zur Verbesserung der Beziehungen zu Nicaragua setzen werde.

Bush hat unterdessen den Vorschlag Ortegas abgelehnt, mit ihm am Rande des Gipfels in einer Unterredung die bilateralen Beziehungen zu erörtern.

Freie Hand für CIA bei Putschen im Ausland

Washington (ADN). Das Weiße Haus und der Geheimdienstschuß des USA-Senats kamen überein, der CIA wieder freie Hand bei der Organisation von Putschen gegen andere Regierungen zu geben. Wie Ausschußvorsitzender David Boren nach einer Beratung seines Gremiums mit Vertretern des Pentagon, des Außenministeriums und der Geheimdienste erklärte, sei es USA-Beamten künftig freigestellt, potentielle Umstürzler „zu konsultieren und zu beraten“. Morde dürften jedoch nicht das erklärte Ziel eines von den USA unterstützten Putsches sein.

Die Debatte war durch den gescheiterten Putsch in Panama ausgelöst worden. Die CIA kann nun ihren Sonderfonds selbst dann für aktive Handlungen nutzen, wenn der Geheimdienstschuß nicht eingeweiht wurde.

Standpunkt

Der? Nie!

SS-Mann Schönhuber will - wie er gegenüber dpa erklärte - die DDR besuchen. Der einstige Angehörige der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler“ und heutige Vorsitzende der neonazistischen „Republikaner“ in der BRD sagte dreist, er rechne in der DDR „mit noch größerer Zustimmung als in der Bundesrepublik“. Der Antikommunismus werde zum „Freisatz“ für seine Partei werden.

Der Oberneoziti mißversteht die Lage gründlich. Es geht in der DDR nicht um die Beseitigung des Sozialismus, sondern um seine Erneuerung und Stärkung. Die gesellschaftliche Debatte, die bei uns in Gang gekommen ist, zielt darauf, die sozialistischen Werte im Interesse und zum Nutzen des ganzen Volkes und jedes Bürgers voll zur Geltung zu bringen. Das schließt entschiedenen Antifaschismus, der die DDR von jeher wohnt, von der BRD unterscheidet, selbstverständlich ein.

Er wolle in jedem Fall den Versuch unternehmen, weil die DDR ihm doch als Europaabgeordneter die Einreise nicht verweigern könne, kündigte Schönhuber an. Er irrt sich. Der Neoziti kommt bestimmt nicht in unsere Republik herein. Der nie! Werner Mücke

Kurz berichtet

Sisulu in DDR eingeladen

Berlin. Das DDR-Solidaritätskomitee hat Walter Sisulu und weitere sieben Aktivisten des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), die kürzlich aus südafrikanischen Gefängnissen freigelassen worden sind, zu einem Besuch in die DDR eingeladen.

Truppenverlegung vorfristig

Luanda. Die noch in Angola stationierten kubanischen Truppen sind vorfristig in Gebiete nördlich des 13. Breitengrades verlegt worden. Der Chef der UNO-Beobachtermission für Angola (UNAVEM), General Ferreira Gomes, dankte den Regierungen beider Länder für die strikte Erfüllung des bilateralen Vertrages über den Truppenabzug.

UPI-Büro mußte schließen

Panama. Die Regierung Panamas hat die Schließung des Büros der USA-Nachrichtagentur United Press International angeordnet, weil es Falschmeldungen verbreitet habe.

Zweimal bebte Teheran

Teheran. Zwei Erdstöße der Stärke 4,5 auf der Richterskala haben die iranische Hauptstadt Teheran und deren Umgebung erschüttert.

De-Gaulle-Akte gestohlen

Paris. Im Personenstandsregister des Justizpalastes von Lille wurde der Diebstahl der Geburtsurkunde von Charles de Gaulle entdeckt, als die Geburtsakten für eine Ausstellung zum 100. Geburtstag des Generals bereitgestellt werden sollten. Die bisher unbekanntem Diebe hatten das Original durch eine Fotokopie ersetzt.